

## Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die lokalen Medien

12.11.01

Druckraum: BürgerInnen informieren – Akzeptanz schaffen

Presseerklärung

Am 15.10.01 wurde von der Stadt Dortmund und der Kreispolizeibehörde sowie der Staatsanwaltschaft Dortmund und der AIDS-Hilfe als Träger des Druckraumes eine Vereinbarung über die künftige Zusammenarbeit des Druckraumes mit den beteiligten Behörden unterzeichnet. In dieser Vereinbarung ist das Zusammenwirken der unterschiedlichen Behörden zum Betrieb der Einrichtung, aber auch die Verpflichtung des Trägers geregelt, darauf hinzuarbeiten, dass eine Szenebildung im Umfeld der Einrichtung vermieden wird. Damit wurde ein erster Schritt zur Inbetriebnahme des Druckraumes im ersten Quartal des kommenden Jahres getan.

Bereits in den vergangenen Monaten zeigte sich jedoch, dass bei AnwohnerInnen und in der Nähe befindlichen Einrichtungen sorgen und Ängste darüber existieren, welche Auswirkungen die Neureinrichtung des Druckraums am Ort der bereits existierenden Drogenberatungsstelle "Café Kick" haben wird. Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass diesen Sorgen bereits im Vorfeld begegnet werden sollte, indem bereits vor Inbetriebnahme der Einrichtung sowohl über deren Konzeption und Arbeitsweise, wie auch über die mit den Ordnungs- und Gesundheitsbehörden getroffene Rahmenvereinbarung in einer Informationsveranstaltung berichtet wird. Ein entsprechender Antrag wird in die Sitzung des Sozialausschusses vom 13.11.01 eingebracht.

Dazu Birgit Unger, grüne Sprecherin im Sozialausschuss:

"Ein Druckraum für Drogenabhängige ist eine Einrichtung, die bei vielen Menschen Ängste auslöst und die Befürchtung weckt, es könnten von dieser Einrichtung negative Folgewirkungen auf die unmittelbare Umgebung ausgehen.

Wir sind der Auffassung, dass sowohl die Konzeption des Druckraumes selbst wie auch die zwischen den Betreibern des Druckraumes und den Ordnungsbehörden getroffene Vereinbarung, die eine Szenebildung in der Nähe des Druckraumes explizit ausschliesst, dazu dient, den Druckraum sozialverträglich in sein Umfeld einzupassen. Wir halten es für absolut notwendig, dass die Verwaltung zusammen mit dem Träger möglichst bald die AnwohnerInnen darüber informiert, welche Vereinbarungen getroffen worden sind, um Ängste abzubauen und bereits im Vorfeld eventuelle Konflikte zu vermeiden."